



**Klima
Allianz**
Deutschland

Positionspapier
für Politik und
Entscheider*innen



Zeit für eine wirksame europäische Klimaschutzpolitik

Europa zur Klima-Union machen

Inhalt

1. Europa am klimapolitischen Scheideweg	1
2. Wegweisende, klare Ziele für eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik in der EU	3
3. Starke Maßnahmen zur europäischen Umsetzung des Pariser Klimaabkommens	4
4. Flankierende finanzielle Hebelwirkungen	9
5. Eine starke und zukunftsfähige EU nach innen und außen	11

Zeit für eine wirksame europäische Klimaschutzpolitik

Europa zur Klima-Union machen

1. Europa am klimapolitischen Scheideweg

2015 haben sich die Staaten der Welt in Paris geeinigt, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 Grad Celsius über vorindustriellem Niveau zu begrenzen und eine Begrenzung auf 1,5 Grad Celsius anzustreben. Die Zeit drängt: Die vergangenen vier Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen und gleichzeitig steigen die weltweiten Emissionen von Treibhausgasen weiter an. Die zunehmend verheerenden Folgen der Klimakrise machen auch vor Europa und Deutschland nicht halt.

2018 hat der Weltklimarat (*Intergovernmental Panel on Climate Change*, IPCC) in seinem wissenschaftlichen Sonderbericht zu 1,5 Grad aufgezeigt, dass jeder weitere Temperaturanstieg verhindert werden muss. Selbst bei einer Erwärmung um 2 Grad besteht die Gefahr, bestimmte ökologische Kippelemente im Klimasystem auszulösen. Der Sonderbericht zeigt aber auch, dass wir noch immer die Chance haben, die schwerwiegendsten und irreversiblen Schäden durch den Klimawandel abzuwenden. **Bei der Ambition der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens muss Klimagerechtigkeit eine zentrale Rolle spielen:** Die Emissionen in Europa und in anderen Industrienationen müssen hierbei schneller als in anderen Ländern reduziert werden.

Für ambitionierte Klimapolitik in Europa ist auch das vielfältige Engagement der Zivilgesellschaft unerlässlich. Viele Fortschritte der vergangenen Jahre wurden durch die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen und sozialer Bewegungen vorangetrieben. Daher sind die Entscheidungsträger*innen in der EU in den nächsten Jahren gefordert, zivilgesellschaftliche Arbeit in allen EU-Staaten zu ermöglichen und sich gegen bestehende tiefgreifende Einschränkungen für die Zivilgesellschaft in einigen Mitgliedstaaten zu stellen.

Das neue Europäische Parlament und die neue Kommission kommen zu einem Zeitpunkt, an dem die EU-Mitgliedstaaten die Zukunft und das Wesen der europäischen Idee neu definieren müssen. **Das Ziel einer rechtzeitig klimaneutralen, sozial gerechten und wirtschaftlich erfolgreichen Union sollte im Zentrum der Diskussionen um die zukünftige europäische Idee stehen.** Diese Vision spiegelt sich auch in der Langfriststrategie wider, die die Europäische Kommission Ende 2018 vorgelegt hat, um die Weichen für den notwendigen Wandel zu einer klimaneutralen EU vor 2050 zu stellen. Es braucht ein Europa der Nachhaltigkeit, in dem die Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen und unter Berücksichtigung der *Sustainable Development Goals* (SDG) operiert. Um diesen Wandel sozialverträglich zu erreichen, ist es unerlässlich, dass deutsche und europäische Entscheidungsträger*innen die Transformation aktiv gestalten und Maßnahmen zügig umsetzen. **Eine sozial gerechte Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft muss Kern eines neuen Generationenvertrags und der zukünftigen Zusammenarbeit in Europa sein.**

Seit Ende 2018 gehen deutschland- und europaweit wöchentlich tausende Schüler*innen auf die Straße und rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, den Worten endlich Taten folgen zu lassen. Weder die deutsche Bundesregierung noch die kommenden EU-Entscheidungsträger*innen können diese beispiellose Bewegung ignorieren. **Es ist Zeit, der Wissenschaft und der jungen Generation zuzuhören und zu handeln.**



2. Wegweisende, klare Ziele für eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik in der EU

Die derzeitigen Klimaschutzziele der Europäischen Union reichen für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens nicht aus. Die Europäische Kommission hat im November 2018 ihren Entwurf für eine Klima-Langfriststrategie der EU vorgelegt. Mit dieser will die Kommission Klimaneutralität bis 2050 als Ziel für die EU setzen. Dies stellt einen Mindestbeitrag dar, reicht jedoch noch nicht aus, um einen fairen Beitrag zur Begrenzung der Erderhitzung auf 1,5 Grad zu leisten.

Das neu gewählte Europäische Parlament, die neue Kommission und vor allem die EU-Mitgliedstaaten inkl. Deutschland müssen eine klimaneutrale EU daher vor 2050 als Mindestanspruch wahrnehmen und Klimaneutralität bis 2040 anstreben. Um Klimaneutralität zu erreichen, muss Europa schnellstmöglich aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas aussteigen. Der Ausstieg aus den fossilen Energien und der Umbau zu einem 100 prozentig erneuerbaren Energiesystem ist eine Investition in das Wohlergehen der EU-Bürger*innen und ein Modernisierungsprogramm für Gesellschaft und Wirtschaft. Dies ist nicht nur notwendig, um der Klimakrise zu begegnen, sondern auch technologisch wünschenswert und machbar sowie kosteneffizient und sozial gerecht umsetzbar.

Die EU sollte ihr eigenes Klimaschutzziel für 2030 ebenfalls deutlich anspruchsvoller ansetzen und in Einklang mit dem Pariser Klimaschuttabkommen bringen. Hierzu muss eine Verringerung der klimaschädlichen Emissionen von 65 Prozent bis 2030 auf Machbarkeit geprüft werden. Ambitionierte Zielsetzungen für alle Sektoren sind wichtig, um Planungssicherheit herzustellen und einen sozial gerechten Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu gewährleisten. Hierbei darf das gewichtige EU-Mitglied Deutschland seine europäischen Partner wie Frankreich, Niederlande, Luxemburg, Schweden, Spanien, Finnland, Dänemark, Portugal und Slowenien und das Europäische Parlament, die sich angesichts der beunruhigenden Schlussfolgerungen der Klimawissenschaft für eine deutliche Erhöhung der Emissionsreduktionen einsetzen, nicht im Stich lassen.

Auf internationaler Ebene muss die Europäische Union dem Sekretariat der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen bis März 2020 einen erhöhten Beitrag (sog. *Nationally Determined Contribution*, NDC) für die Emissionsreduktionen bis 2030 sowie bis Ende 2020 eine Langfriststrategie zur angestrebten Emissionsentwicklung bis 2050 übermitteln. **Um die Dynamik des Pariser Klimaabkommens nicht zu bremsen, muss die EU jedoch spätestens beim Klimagipfel der Vereinten Nationen in New York im September 2019 die Bereitschaft verkünden, ihren Emissionsreduktionsbeitrag bis 2030 wesentlich zu erhöhen und vor 2050 Klimaneutralität zu erreichen.** Da die Klimakrise bereits heute katastrophale Auswirkungen hat – und zwar überproportional in Staaten, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben – muss die Europäische Union ihre Unterstützung beim Umgang mit Klimafolgen intensivieren. Im Fokus sollten hierbei die besonders verletzlichen Staaten stehen.

3. Starke Maßnahmen zur europäischen Umsetzung des Pariser Klimaabkommens

Um europäische Klimaziele zu erreichen, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen stehen, müssen Maßnahmen in allen emittierenden Sektoren – Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude sowie Landwirtschaft – umgesetzt werden.



Stromsektor von fossilen und risikoreichen Energien befreien

Der Stromsektor ist für gut 30 Prozent der Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) in Europa verantwortlich. **Ein zukunftsfähiges Energiesystem muss auf erneuerbaren Energien basieren und deutlich vor 2050 EU-weit klimaneutral sein, das heißt ohne fossile und risikoreiche nukleare Energieträger auskommen.** Ein zügiger und verlässlicher Ausbau von erneuerbaren Energien ist daher essenziell. Das EU-weite Ziel, bis 2030 einen Anteil von 32 Prozent erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch zu erreichen, reicht nicht aus, um eine vollständige Dekarbonisierung des Energiesystems deutlich vor 2050 zu realisieren.

Wichtigste Maßnahmen:

- Die 2030-Ausbauziele für erneuerbare Energien sowie für Energieeffizienz müssen spätestens 2023 im Rahmen eines Review-Prozesses deutlich angehoben und an die Pariser Klimazielvorgaben angepasst werden.
- Um die Treibhausgasminderungspotenziale erneuerbarer Energien in allen Sektoren zu nutzen, muss ihr vermehrter Einsatz besonders in den Sektoren Wärme, Mobilität und Industrie substanziell vorangetrieben werden. Neben ambitionierter politischer Zielsetzung sind zusätzliche Maßnahmen nötig, die den Umbau dieser Sektoren antreiben und vor allem die Kopplung der Sektoren effektiv ermöglichen.
- Des Weiteren bedarf es der Abschaffung wettbewerbsverzerrender Faktoren. Dies setzt insbesondere ein Ende für klimaschädigende Subventionen, beispielsweise für fossile und nukleare Energieträger sowie eine wirksame CO₂-Bepreisung voraus.
- Alle Mitgliedsstaaten, und in erster Linie Deutschland, müssen mit ihren Nationalen Energie- und Klimaplänen (NECP) ambitionierte Strategien aufzeigen, wie sie zur Erreichung der europäischen Klimaziele ihren fairen Beitrag leisten.
- Die europäischen Mitgliedstaaten müssen die nationalen Energiewenden miteinander besser und enger koordinieren und so eine kohärente europäische Strategie für ein klimaneutrales Energiesystem entwickeln.



Industriesektor klimaneutral gestalten

Der Industriesektor ist für gut 19 Prozent der THG-Emissionen in Europa verantwortlich.

Eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik ist ein Treiber für eine zukunftsfähige Industrie- und Wirtschaftspolitik. Ehrgeizigere Emissionsreduktionen sind möglich und erhalten nicht nur die industrielle Wettbewerbsfähigkeit, sondern können diese verbessern und langfristig absichern. Weltweit wächst der Bedarf an nachhaltigen Spitzentechnologien und klimaneutralen Geschäftsmodellen, insbesondere hinsichtlich einer intelligenteren Nutzung von Ressourcen.

Wichtigste Maßnahmen:

- Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft muss beschleunigt werden. Der Investitionsfonds im Rahmen des europäischen Emissionshandels (*Emissions Trading System*, ETS) ist ein erster Schritt in diese Richtung. Für jeden Sektor der Schwerindustrie sollte ein spezifisches Programm zur Unterstützung der Transformation zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft aufgelegt werden.
- Die Entwicklung neuer Wirtschaftsmodelle und neuer Formen des branchenübergreifenden Zusammenarbeitens müssen unterstützt werden. Eine kreislaufförmige Wirtschaftsweise muss hierbei besonders gefördert werden.
- Auch durch entsprechende Investitionen am globalen Markt können europäische Unternehmen ihre Rolle als Rückgrat industrieller globaler Wertschöpfungsketten stärken, neue Wertschöpfungsquellen bzw. Geschäftsfelder erschließen und zahlreiche Arbeitsplätze schaffen. Investitionen in Zukunftssektoren sind ein wichtiger Beitrag der EU gegen die Klimakrise.

Durch ihre innovativen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Zulieferbetriebe hat die europäische Industrie die Chance, bei der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft weltweit führend zu werden. Je früher die EU eine vollständige Dekarbonisierung der Industrie durch entsprechende Rahmenbedingungen einleitet und einfordert sowie die Industrieunternehmen beim Umstieg auf klimaneutrale Prozesse unterstützt, umso eher wird sie ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung gerecht und kann ihre Rolle als führende Wirtschaftskraft erhalten.



Im Gebäudesektor auf den Dekarbonisierungspfad setzen

Die Dekarbonisierung des Gebäudesektors nimmt zum Erreichen der Klimaziele eine wichtige Rolle ein, da zwölf Prozent der CO₂-Emissionen in der EU im Gebäudesektor anfallen. Daher müssen sich alle Mitgliedstaaten dafür einsetzen, ihren Gebäudebestand bis 2050 zu dekarbonisieren und effizienter umzubauen. Im europäischen *Clean Energy Package* wurden richtige Weichen gestellt, um den Wärme- und Kältesektor im Gebäudesektor langfristig zu dekarbonisieren. Jedoch ist auch hier die bisherige Politik nicht ambitioniert genug, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens sozial gerecht zu erreichen.

Gerade der Wärmesektor ist für viele Bürger*innen essenziell, da viele Haushalte von Energiearmut betroffen sind, also nicht ausreichend finanzielle Mittel für das Heizen ihrer Wohnräume haben. Wichtig ist deshalb, dass es im Wärme- und Kältebereich eine Fokussierung auf leistbare erneuerbare Energien und Energiesparmaßnahmen gibt, die auch einkommensschwache Haushalte erreichen. Dies muss einerseits durch ambitionier-

te Ziele und andererseits durch geeignete Maßnahmen geschehen. Mit einem klugen Mix aus Fördermaßnahmen und Ordnungsrecht kann die Politik ansprechende Rahmenbedingungen setzen. **Mutige Förderprogramme für Bestandsgebäude, Klimaneutralität bei Neubauten, eine intelligente Kopplung von Strom- und Wärmesektor und nachhaltige Infrastruktur bilden die zentralen Pfeiler einer Dekarbonisierung im Gebäudesektor.**

Wichtigste Maßnahmen:

- Für Bestandsgebäude sollten klare und zugängliche Programme Bürger*innen dabei helfen, ihre Heizung zu tauschen, ihre Wärmedämmung der Gebäudehülle zu verbessern oder Heizungen auf Erneuerbaren-Basis umzustellen. Die EU sollte die Mitgliedstaaten bei dieser Aufgabe unterstützen.
- EU-weite Mindestanforderungen bei der Renovierung von Bestandsgebäuden, verpflichtende Sanierungsraten, Abkehr von fossilen Heizungssystemen sowie verpflichtende langfristige Sanierungsstrategien sind weitere notwendige Maßnahmen.
- Neubauten müssen klimaneutral gebaut werden. Die EU muss hierfür anspruchsvolle EU-weite Neubaustandards bis hin zum Plus-Energiehaus beschließen. Der Gebäudesektor muss sich nach Prinzipien der Kreislaufwirtschaft reformieren. Das heißt, dass der gesamte Bausektor nachhaltig werden muss, eingesetzte Produkte müssen möglichst klimaneutral und aus natürlichen Stoffen hergestellt werden. Nur die Einbeziehung des gesamten Herstellungsprozesses des Gebäudes kann gewährleisten, dass bei Herstellung und Rückbau keine unnötigen Emissionen entstehen.
- Hierzu gehört auch eine klimaschonende Sektorenkopplung, bei welcher erneuerbarer Strom in Wärme umgewandelt wird, und die Einbeziehung von intelligenten Messgeräten, die einen effizienten Wärme- bzw. Kälteverbrauch ermöglichen. Gerade in Hinblick auf die Sektorenkopplung muss sichergestellt werden, dass diese nicht zu einem Mehr an fossilem Strombedarf führt.
- Die soziale Ausgestaltung und Abfederung von Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor muss mitgedacht und umgesetzt werden.
- Infrastrukturen, wie Wärmenetze, spielen eine wichtige Rolle für eine nachhaltige Wärmeversorgung. Diese können vielerorts auch für erneuerbare Wärme, wie zum Beispiel Fernwärme, genutzt werden und sollten daher erhalten bleiben.



Die Verkehrswende in Europa endlich einleiten

Der Verkehrssektor verbraucht etwa ein Drittel aller Endenergie in der EU. Dies entspricht rund 27 Prozent der gesamten EU-Treibhausgasemissionen.

Gute Verkehrsverbindungen sind zentral für den Austausch zwischen Menschen und von Waren in Europa. Austausch ist einer der Stützpfeiler der europäischen Idee. Gleichzeitig ist der zunehmende Güter- und Personenverkehr eines der Hauptprobleme für die Erreichung – nicht nur – der Klimaziele. Die EU trägt eine wichtige Verantwortung bei der Vermeidung unnötigen Verkehrs, bei der deutlichen Steigerung der Energieeffizienz im Verkehr, bei der Verkehrsverlagerung von Flugzeug und Auto auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr sowie bei der Setzung moderner Emissionsstandards. In all diesen Punkten ist bis dato zu wenig passiert. Im Ergebnis steigen in vielen Mitgliedstaaten die Verkehrsemissionen. Diese Entwicklung muss dringend umgekehrt werden.

Wichtigste Maßnahmen:

- Den Auf- und Umbau der Infrastruktur für den dekarbonisierten Verkehr der Zukunft unterstützen.
- Standards und Grenzwerte für PKW so gestalten, dass die Entwicklung von kleinen und leichten PKW befördert wird.
- Eine europäische Initiative für die Verlagerung des Personenfern- und Güterverkehrs auf die Schiene. Dazu gehören ein Infrastrukturprogramm und eine verpflichtende Vernetzung der europäischen Bahnen. Europa braucht endlich schnelle, bequeme und bezahlbare grenzüberschreitende Fern- und Nachtzüge.
- Die Subventionierung des Flugverkehrs abschaffen.
- Die europäische Finanzierung für den Straßenbau auf den Prüfstand stellen und zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs reduzieren.



Landwirtschaftssektor, Wälder und Moore fit für Klimaneutralität machen

Der Landwirtschaftssektor verantwortet knapp 12 Prozent der gesamten EU-Treibhausgasemissionen. Er setzt nicht nur beträchtliche Mengen der beiden stark wirksamen Treibhausgase Methan und Lachgas frei, sondern trägt auch an zu vielen Stellen noch zur Degradierung von für den Klimaschutz wichtigen Kohlenstoffspeichern, wie Böden und Wäldern, bei. **Ein Großteil dieser Emissionen stammt aus der Tierproduktion mitsamt den Futterflächen, die rund 70 Prozent der Agrarfläche in der EU belegen.** Aber auch EU-Futtermittelimporte verursachen erhebliche Treibhausgasemissionen und Landkonflikte in anderen Teilen der Welt. In Südamerika sind bereits riesige Flächen artenreicher Tropenwälder und Savannengebiete dem Sojaanbau für europäische Milch- und Mastbetriebe zum Opfer gefallen.

Wichtigste Maßnahmen:

- Die Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) ist ein wichtiges Lenkungsinstrument für mehr Klimaschutz in der Landwirtschaft. Statt einer pauschalen Flächenförderung nach dem Gießkannenprinzip müssen die Steuermittel der EU-Bürger*innen konsequent zur Förderung nachhaltiger Produktionsmethoden wie dem Ökolandbau eingesetzt werden. Klimaschonende Anbaumethoden, die das Ökosystem und die biologische Vielfalt schützen, machen die Landwirtschaft überdies widerstandsfähiger gegen extreme Schwankungen des Klimas.
- Eine zentrale Herausforderung liegt in der deutlichen Abstockung und Flächenbindung der europäischen Tierbestände. Dies wird nur gelingen, wenn der Konsum von Fleisch und Milchprodukten innerhalb der EU, aber auch der Export tierischer Lebensmittel, erheblich reduziert werden. Eine hohe ethische Verantwortung besteht zudem bei Wegwerfverlusten von Lebensmitteln. Dem Motto „Klasse statt Masse“ folgend, muss der ökologische Landbau, mit seinem Verzicht auf chemisch-synthetische Düngemittel und seiner wichtigen Rolle für den Humusaufbau, als klimafreundliches Anbausystem konsequent ausgebaut werden.

- Die Landwirtschaft muss in Zukunft gemeinsam mit der Forstwirtschaft zu einer CO₂-Senke werden. Der Humusaufbau in Böden ist daher eine zentrale Aufgabe für eine klimapositive Landwirtschaft in Europa. Denn in vielen EU-Regionen sind die Böden inzwischen an Kohlenstoff verarmt.
- Als übergeordnetes Leitprinzip muss dabei gelten, dass Klimaschutzmaßnahmen Synergieeffekte mit anderen Umweltzielen wie dem Gewässer- und Bodenschutz und dem Erhalt der Biodiversität sicherstellen.
- Weitere Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen sind die Reduzierung des Stickstoffeinsatzes, der Erhalt und die Ausweitung von Dauergrünland sowie ein konsequenter Schutz und die Renaturierung kohlenstoffreicher Moorböden.
- Waldschutz- und Wiederaufbaumaßnahmen von degradierten Wäldern sind das beste Mittel, um CO₂ aus der Atmosphäre zu binden. Neben Maßnahmen für eine ökologische Forstwirtschaft, wie längeren Umtriebszeiten, natürlicher Baumartendurchmischung und einer höheren Totholzmenge, muss der stark gestiegene Verbrauch von kurzlebigen Holzprodukten drastisch reduziert werden.
- Hinzu müssen die Potenziale von Mooregebieten, die in ihrer derzeitigen landwirtschaftlichen Nutzung eine CO₂-Quelle statt Speicher sind, sowie das Potenzial von Küstenökosystemen, wie Salzlagenen, als CO₂-Speicher und natürliche Schutzmaßnahme gegen den steigenden Meeresspiegel, genutzt werden.
- Darüber hinaus braucht es gesetzliche Regelungen, die verhindern, dass in die EU importierte Produkte zu klimaschädlichen Landnutzungsänderungen und Menschenrechtsverletzungen in anderen Teilen der Welt führen. Handelsverträge, wie das geplante EU-Mercosur-Abkommen, dürfen grundsätzlich erst dann verhandelt und abgeschlossen werden, wenn die damit verbundenen ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Risiken identifiziert und entsprechende Schutzmaßnahmen, unter besonderer Berücksichtigung der indigenen Völker als erste Opfer des Klimawandels, getroffen werden.



CO₂-Bepreisung weiterentwickeln

Die Bepreisung von CO₂ birgt große Potenziale: Sie lenkt Investitionen in emissionsarme und zukunftsfähige Technologien, Infrastrukturen und Prozesse. Der Europäische Emissionshandel (ETS) deckt die Sektoren Strom und Industrie ab. Dabei werden allerdings nur circa 45 Prozent der europäischen Treibhausgasemissionen bepreist. Grundsätzlich ist eine Weiterentwicklung des ETS für die Zeit nach 2020 notwendig. Kurzfristig hat die Reform bereits einen Anstieg des CO₂-Preises bewirkt. Allerdings ist nicht garantiert, dass dieser Preisanstieg mittel- und langfristig in ausreichender Höhe weitergeht. Zum einen könnte ein neuer Überschuss aufgrund des Kohleausstiegspfads in mehreren Mitgliedstaaten entstehen; zum anderen ist der aktuelle Preisanstieg vor allem eine Konsequenz der Einführung der Marktstabilitätsreserve, also stark verminderter Auktionsvolumina für Emissionserlaubnisse in den Jahren 2019 bis 2021.

Wichtigste Maßnahmen:

- Europäische Kommission, Europaparlament, Mitgliedstaaten und Bundesregierung sollten so bald wie möglich die notwendige Weiterentwicklung des Emissionshandels

angehen. Dazu gehört insbesondere eine schnellere Verknappung der Emissionserlaubnisse in der kommenden Handelsperiode, damit die Ausgabe von Erlaubnissen deutlich vor 2050 endet. Dazu gehört auch eine Prüfung der Regelungen zu *Carbon Leakage*.

- Zur Weiterentwicklung des Emissionshandels gehört zudem die Einführung eines investitionsrelevanten, nach und nach ansteigenden CO₂-Mindestpreises. Bis zu seiner Einführung auf EU-Ebene sollte zunächst Deutschland mit einer Vorreiterkoalition von ambitionierten Mitgliedstaaten vorangehen und gemeinsam einen ansteigenden Mindestpreis zumindest im Stromsektor einführen. Durch einen berechenbaren Anstiegspfad des CO₂-Preises werden verlässliche Rahmenbedingungen für Investoren geschaffen und die Klimazielerreichung im Strom- und Industriesektor auch in Deutschland bis 2030 flankiert.

In den anderen emittierenden Sektoren (sogenannte Non-ETS-Sektoren: etwa Gebäude, Verkehr) entscheiden die Mitgliedstaaten, ob sie CO₂-Preisinstrumente implementieren. Obwohl immer mehr EU-Staaten hier vorangehen und in diesen Sektoren CO₂-Steuern einführen, bleiben viele Emissionen in den Non-ETS-Sektoren weiterhin ohne Preis oder werden zu niedrig bepreist. Weitere Länder wie Deutschland sollten in diesen Sektoren ebenfalls investitionsrelevante, nach und nach ansteigende CO₂-Preisinstrumente einführen. Hierbei muss besonders die Sozialverträglichkeit gewährleistet sein.

4. Flankierende finanzielle Hebelwirkungen

Neben der Realwirtschaft spielt auch die Finanzwirtschaft als flankierender Rahmen für die Transformation eine zentrale Rolle – sowohl bei der Mobilisierung der notwendigen Mittel, als auch bei der Beseitigung von systemischen Risiken, die sich durch den Klimawandel, den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Investitionen in fossile Energien und entsprechende Infrastruktur ergeben.

Die EU muss daher die **Hebelwirkung öffentlicher Investitionen und des privaten Finanzwesens zunehmend stärker nutzen** und in den Fokus rücken. In der vergangenen Legislaturperiode hat die Europäische Kommission bereits einen Aktionsplan *Sustainable Finance* vorgestellt und erste Legislativvorschläge zu den Themen Offenlegung und Risikomanagement, Benchmarking und einer Taxonomie für Nachhaltigkeit eingebracht. Diese Dynamik gilt es in der nächsten Legislaturperiode fortzusetzen und Nachhaltigkeitskriterien für alle Finanzprodukte zu etablieren. Die **Ausrichtung an wissenschaftsbasierten Zielen zur Erreichung des Pariser Abkommens für alle öffentlichen und privaten Finanzflüsse** ist eine zentrale Herausforderung für die nächste Legislaturperiode.

Der **nächste Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) 2021–2027 der EU ist ein zentrales Instrument zur Umsetzung der europäischen Energie- und Klimaziele 2030**. Zudem sollten schon früh die Weichen für einen klimaschonenden MFR nach 2027 gestellt werden.

Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament müssen sich für eine **Klimaquote der Ausgaben im Gesamthaushalt von 40 Prozent** einsetzen, um die notwendige finanzielle Signalwirkung zu setzen. Diese Quote sollte auf alle EU-Programme

übertragen werden. Die geplante Anhebung der klimarelevanten Investitionen auf 25 Prozent des Gesamthaushalts ist nicht ausreichend, um die Investitionslücke zur Erreichung der Energie- und Klimaziele 2030 zu schließen. Zur Umsetzung einer Klimaquote von 40 Prozent ist eine stringente, ergebnisorientierte und transparente Methode anzuwenden. Nur emissionsmindernde Ausgaben sollten angerechnet werden. Insbesondere die verwendeten Indikatoren und das klimabezogene Monitoring bedürfen einer genauen und transparenten Prüfung und Definition. Die Verwendung der übrigen Mittel des EU-Budgets dürfen dem Pariser Abkommen nicht zuwider laufen.

Mit der EU-Governance-Verordnung wurde ein Planungs- und gleichzeitig Monitoring-instrument eingeführt. Nach diesem müssen alle EU-Mitgliedstaaten integrierte Nationale Energie- und Klimapläne (*National Energy and Climate Plan*, NECP) vorlegen. In diesen werden nationale energie- und klimapolitische Ziele, Strategien und Maßnahmen beschrieben und nationale Zielbeiträge zu den EU-2030-Zielen formuliert. Es wäre sinnvoll, EU-Finanzmittel an die Paris-konforme Umsetzung der NECP zu binden.

Grundsätzlich dürfen Investitionen in fossile Energieträger und deren Infrastrukturen nicht durch den nächsten MFR gefördert werden. Dies sollte für alle EU-Programme gelten. Es muss eine robuste und kohärente klimafreundliche Methode für das Gesamtbudget erstellt werden, um das Risiko für Klimaauswirkungen EU-finanzierter Projekte zu messen (*Climate Proofing*). Dies reduziert zusätzlich die Gefahr von Lock-in-Effekten durch Investitionen in fossile Energieträger und Infrastruktur, die nicht mit den Zielen des Pariser Abkommens vereinbar sind, und ist damit Rahmen und Signal für zielgerichtete privatwirtschaftliche Investitionen. Darüber hinaus ist es zentral, dass das EU-Budget Mittel zur Finanzierung eines sozial gerechten Strukturwandels (*Just Transition*) in betroffenen Regionen gewährleistet und klare Richtlinien und Bedingungen bezüglich der **Wirksamkeit von Investitionen** enthält.

Mit der Unterstützung der Mitgliedstaaten sollte die neue EU-Kommission die Bemühungen fortsetzen, **wissenschaftsbasiert Nachhaltigkeitsaspekte im gesamten Finanzsystem zu etablieren**. Als nächsten großen Schritt sollten sich Europäische Kommission und Parlament nachdrücklich für ein einheitliches EU-Klassifikationssystem (**Taxonomie**) einsetzen, welches ein standardisiertes Verständnis von Nachhaltigkeitsaspekten für alle Finanzprodukte umfasst und mit Net-Zero-Transformationspfaden vereinbar ist. Zur Unterstützung des Monitorings und der Messung von nachhaltigen Finanzflüssen sowie der Weiterentwicklung der Taxonomie muss eine Plattform für *Sustainable Finance* mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden. Die **Einführung von Offenlegungspflichten** bezüglich Klimarisiken in der Berichterstattung und im Risikomanagement von real- und privatwirtschaftlichen Akteuren sollte zudem weiter verbessert werden. Für Unternehmen sollten dazu **Stresstests** eingeführt werden, um zu prüfen, inwiefern diese auf **steigende CO₂-Preise und transformative Klimaziele** vorbereitet sind. Die Offenlegung von Klimarisiken und Stresstests sind essenziell, um relevante Akteure vor ihren Investitionsentscheidungen zu informieren.

Die Europäische Kommission und das Parlament müssen sich aktiv für eine **ambitioniertere, wissenschaftsbasierte Gesetzgebung zum nachhaltigen Finanzwesen** einsetzen und weitere Maßnahmen zur Transformation der Finanzwirtschaft und der Umsetzung der EU-Gesetzgebung vorlegen.

5. Eine starke und zukunftsfähige EU nach innen und außen

In einer Zeit der zunehmenden globalen Fragmentierung müssen sich die EU und Deutschland weiterhin als Bastionen des Multilateralismus verstehen. Investitionen in eine starke Klima- und Energiepolitik sind Investitionen in ein stärkeres und zukunftsfähiges Europa, das sowohl nach innen wie nach außen effektiv wirken kann. Die 2050-Langfriststrategie der Europäischen Kommission zeigt, dass Klimaneutralität nicht nur notwendig ist, um der Klimakrise zu begegnen, sondern auch technologisch machbar sowie kosteneffizient und sozial gerecht umsetzbar. **Frühzeitige Treibhausgasneutralität ist eine Investition in das Wohlergehen der EU-Bürger*innen und der verletzlichsten und ärmsten Menschen im globalen Süden. Außerdem ist sie ein Modernisierungsprogramm für Gesellschaft und Wirtschaft.**

Die internationale Gemeinschaft hat sich verpflichtet, ab 2020 Klimafinanzierung für die Minderung von Treibhausgasen und die Anpassung an den Klimawandel in Höhe von 100 Mrd. USD jährlich bereitzustellen. Die notwendige Balance zwischen Maßnahmen zur Minderung und Anpassung an den Klimawandel ist bisher nicht erreicht. Außerdem fehlt die Bereitstellung von Finanzmitteln zum Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten. Die Resolution des Europäischen Parlaments zur COP24 in Katowice regt an, die Bereitstellung von Finanzmitteln durch innovative öffentliche Instrumente und durch den Warschau-Mechanismus für klimabedingte Schäden und Verluste zu nutzen. Diese Empfehlungen sollte das neue Europäische Parlament umsetzen.

Die EU sollte zur Wiederauffüllung des Grünen Klimafonds beitragen. Hier sind **alle EU Mitgliedstaaten gefordert, ihre Beiträge zum Green Climate Fund als Teil der Erfüllung des 100 Milliarden-USD-Versprechens zusätzlich zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen.** Die EU-Unterstützung für den Kampf gegen die Erderwärmung in den Entwicklungsländern besteht zu mehr als 40 Prozent aus Krediten, die durch die Europäische Investitionsbank vor allem in Minderung investiert werden. Die Anpassungsfinanzierung für besonders betroffene arme Staaten kommt hierbei allerdings deutlich zu kurz. Für die 2020 im Rahmen der Klimarahmenkonvention (*United Nations Framework Convention on Climate Change*, UNFCCC) beginnenden Verhandlungen zu einem neuen Mobilisierungsziel für 2025 sollte sich die EU für ein ambitioniertes Ziel einsetzen. Zudem sollte die Klimafinanzierung an menschenrechtlichen Kriterien und Aspekten der Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet werden.

Klar ist aber auch, dass Europa nicht allein die globale Krise bewältigen kann. Stattdessen hängt die Sicherheit Europas davon ab, in welchem Umfang und in welchem Tempo andere Länder, insbesondere die größeren Emittenten, ihre Klimaziele setzen und einhalten. Viele Staaten der Welt schauen beim Klimaschutz auf die EU – besonders Schwellenländer sehen Europa weiterhin zu Recht als Maßstab und Vorreiter im Kampf gegen die Klimakrise. **Durch ein ambitioniertes Anheben der 2030-Klimaziele kann Europa maßgeblich das globale Tempo mitbestimmen,** in dem die Klimaziele anderer Länder mit angehoben werden. Nicht zuletzt durch gemeinsame Absprache und Anhebung mit Schlüsselstaaten wie China und Indien. Hierfür muss Europa aber schon 2019 klare Signale setzen – durch eine CO₂-neutrale Langfriststrategie sowie durch eine Ambitionssteigerung der

2030-Ziele. Der geplante Klimagipfel des UNO-Generalsekretärs im September 2019 ist hierfür ein zentraler Moment. Aber auch andere Austauschformate wie das *Ministerial on Climate Action* (MoCA) und der jährliche EU-China-Gipfel sind hierfür wichtige Möglichkeiten.

Um das Paris-Abkommen wirkungsvoll umzusetzen, müssen die Emissionen nicht nur in der EU, sondern in weiteren Schlüsselländern schnell sinken. Auch hier muss die EU durch ernsthafte **Umsetzungspartnerschaften**, wie zum Beispiel NDC-Partnerschaften, ihren Beitrag leisten. Erforderlich sind weitreichende Kooperationen mit Schwellenländern, ärmeren Ländern und Nachbarregionen der EU, um die globale Reduktion der Emissionen und den Schutz vor den Klimawandelfolgen im Sinne einer gerechten Transformation voranzubringen. Mit den Staaten, die wie Russland oder Saudi-Arabien maßgeblich vom Export fossiler Rohstoffe leben, gilt es Transformationspartnerschaften für gemeinsame Klima- und Energiesicherheit voranzubringen. Das würde die immer wichtigere internationale Handlungsfähigkeit der EU stärken und sichtbar machen.

Wie vom Europäischen Parlament gefordert, sollten dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) neue finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um seine Kapazitäten im Bereich der Klimadiplomatie auszubauen. **Eine ernsthafte Antwort auf die Klimakrise benötigt eine deutliche Stärkung der EU-Klimaaußenpolitik.**

Besonders zum Thema Resilienz sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten stärker zusammenarbeiten, um Partnerländer in ihrer internationalen Zusammenarbeit zu unterstützen und ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimarisiken zu erhöhen. **Auch die Hebelwirkung der Handelspolitik muss genutzt werden** und, wie schon vom französischen Präsidenten Macron verlangt, in Einklang mit den Zielen der Agenda 2030 und dem Pariser Abkommen gebracht werden. Handelsabkommen sollten die Umsetzung des Pariser Abkommens für die Handelspartner verbindlich machen und den Schutz höchster Umwelt- und Arbeitsnormen durch sanktionsfähige Nachhaltigkeitskapitel gewährleisten.

Die EU ist auf die Vereinten Nationen angewiesen, um internationalen Frieden, Rechte und Sicherheit zu gewährleisten. **Klimapolitik ist Friedenspolitik** – wenn die Klimarisiken nicht gelöst werden, wird die Funktionsfähigkeit der Vereinten Nationen durch das Ausmaß und die Intensität der Auswirkungen des Klimawandels überfordert. Deutschland sollte sich daher weiterhin für eine stärkere Koordinierung und die Auseinandersetzung mit den Risiken des Klimawandels einsetzen. Parallel zu den europäischen und deutschen Bemühungen rund um das Thema Klimasicherheit im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen **sollten Klimarisiko und Klimasicherheit ein fester Tagesordnungspunkt des Europäischen Rates für Auswärtige Angelegenheiten sein.** Auch hier kann Deutschland bei der bevorstehenden europäischen Ratspräsidentschaft eine entscheidende Rolle spielen.



Die Mitgliedsorganisationen der Klima-Allianz Deutschland:



Impressum

Herausgeber

Klima-Allianz Deutschland
V.i.S.d.P.: Dr. Christiane Averbek
Invalidenstr. 35
10115 Berlin
Tel.: 030.780 89 95-10
info@klima-allianz.de

Die **Klima-Allianz Deutschland** ist das breite gesellschaftliche Bündnis für den Klimaschutz. Mit mehr als 120 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Entwicklung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Verbraucherschutz, Jugend und Gewerkschaften setzt sie sich für eine ambitionierte Klimapolitik und eine erfolgreiche Energiewende auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein. Ihre Mitgliedsorganisationen repräsentieren zusammen rund 25 Millionen Menschen.

Weitere Informationen zur Arbeit der Klima-Allianz Deutschland finden sich unter
www.klima-allianz.de
www.facebook.com/klimaallianz
[twitter @klima_allianz](https://twitter.com/klima_allianz)

Mai 2019

